

Update
09/2021

Bernhard Daldrup, MdB
Für den Kreis Warendorf

**Mit
Gewinnspiel!**

Berlin, 7. Mai 2021

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Sollten Geimpfte in der jetzigen Phase der Pandemie bereits Freiheiten ermöglicht bekommen? Schreiben die bürgerlichen Medien die grüne Kanzlerschaft herbei? Und bricht mit der Nominierung von Hans-Georg Maaßen der rechte Damm in der CDU? Viele Fragen, die gerade von der Öffentlichkeit beackert werden.

Diese Fragen möchte ich nun einmal beiseiteschieben – Eure Meinung dazu könnt Ihr mir natürlich jederzeit schreiben – und über ein wichtiges Ausrufezeichen sprechen, das wir diese Woche im Bundestag beschlossen haben: einen gerechteren und sozialeren Wohnungsmarkt. Mit dem sog. Baulandmobilisierungsgesetz schützen wir die Mieterinnen und Mieter vor Umwandlung ihrer Wohnung und Verdrängung aus ihrem Quartier. Wir unterstützen Kommunen und Städte dabei, einfacher und flexibler bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Neben zahlreichen Gesetzen haben wir auch die Änderung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen, um das öffentliche Leben behutsam wieder zu aktivieren.

Hiermit grüße ich Euch, wünsche Euch alles Gute aus Berlin und freue mich, Euch auf Facebook und Co. oder der Internetseite wieder anzutreffen, bleibt zuversichtlich, Euer



Fraktion
im
Online-Dialog

SPD
Fraktion im
Bundestag

Einladung

// Rettet die Innenstadt!

Die Innenstadt, egal ob groß oder klein, ist das soziale und kommunikative Zentrum einer Stadt. Hier treffen sich Menschen, verbringen ihre Freizeit, versorgen sich mit Gütern und Dienstleistungen, gehen zum Arzt oder zum Amt, besuchen Restaurants, Cafés oder kulturelle bzw. sportliche Veranstaltungen. Viele Innenstädte stehen vor großen Aufgaben – Corona hat diese Herausforderungen besonders zugespitzt.

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte nicht nur Antworten auf die krisenbedingte Situation in den Innenstädten geben, sondern langfristig angelegte Strategien entwickeln, um unsere Innenstädte und Ortskerne mit neuem Leben zu füllen und damit ihre Wirtschaftskraft, Vielfalt und Attraktivität zu erhalten und möglichst auszubauen. Nur wie müssen sich die Innenstädte verändern, damit sie auch in Zukunft attraktive Orte zum Wohnen, Arbeiten und Wohlfühlen bleiben? Diese Frage möchten wir mit Bundesminister der Finanzen, Olaf Scholz, sowie Vertreter*innen aus Wirtschaft und Kultur besprechen. im Falle eines Verfehlens des Direktmandats gut sind.

// Mehr Wohnraum für Deutschland

Damit Wohnen in ganz Deutschland bezahlbar bleibt, müssen wir den Bau und Erhalt von bezahlbarem Wohnraum ermöglichen und beschleunigen. Die Interessen der Allgemeinheit müssen bei der Nutzung von Grund und Boden vor privatwirtschaftlicher Gewinnerzielung stehen. Die Kommunen vor Ort nehmen dabei eine Schlüsselrolle ein. Mit dem Baulandmobilisierungsgesetz setzen wir Leitplanken gegen Spekulation und geben den Kommunen mehr Handlungsspielräume zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum an die Hand. Dafür habe ich lange gekämpft.

Steuerungsmöglichkeiten für die Städte

- In unbeplanten Innenstadtbereichen haben Kommunen nur begrenzt Einfluss darauf, was und für wen gebaut wird. Genau in diesen Bereichen entstehen aber meist Luxuswohnungen. Deshalb schaffen wir einen neuen, sogenannten „sektoralen“ Bebauungsplan, mit

dem die Gemeinden in diesen Gebieten bestimmen können, dass dort mindestens ein bestimmter Anteil an geförderten Wohnungen entstehen muss – so wie es heute schon außerhalb dieser unbeplanten Innenstadtbereiche der Fall ist. So sorgen wir im Baurecht

Leitplanken gegen Spekulation im Wohnungsmarkt!

Bisher mussten sich Kommunen den spekulativen Kaufpreisen von Bauland und Immobilien beugen. Jetzt limitieren wir den Preis auf den aktuellen Wert. Das gibt Gemeinden und Städte mehr Macht beim Schaffen von bezahlbarem Wohnraum.

#Baulandmobilisierungsgesetz

dafür, dass wieder mehr geförderter Wohnungsbau entsteht.

- Wenn Grundstücke aus Spekulationsgründen brach liegen gelassen werden, können Städte mit angespanntem Wohnungsmarkt künftig Eigentümer*innen mit dem Baugebot einfacher verpflichten, dort Wohnungen zu bauen. Wenn die Eigentümer*innen nicht bauen wollen, kann die Stadt schon jetzt das Grundstück übernehmen, um selbst zu bauen. Mit der Novelle ermöglichen wir, dass die Gemeinde das Grundstück auch zugunsten einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft übernehmen kann, die dort bauen will.



- Wir stärken die Städte und Gemeinden auch beim Vorkaufsrecht. Insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten wird die Ausübung erleichtert. Besteht ein Mangel an Wohnraum, so sind sie künftig berechtigt, das Instrument anzuwenden. Auch gegen verfallene Grundstücke und städtebauliche Missstände (Schrottimmobilien) können Städte und Gemeinden zukünftig mit dem Vorkaufsrecht vorgehen. Sie müssen Bauland leichter erwerben und für den Bau bezahlbarer Wohnungen bereitstellen können. Ein bodenpolitischer Meilenstein des Gesetzes: Alle Kommunen werden künftig das Vorkaufsrecht preislimitiert zum Verkehrswert ausüben können. Bisher mussten Gemeinden sich spekulativen Vorstellungen über die Preisentwicklung beugen. Die Ausübung des wichtigen kommunalen Vorkaufsrechtes blieb dadurch oft verwehrt. Mit der Preislimitierung bremsen wir auch die Bodenpreisspirale insgesamt.

- Wir schützen Mieter*innen vor spekulativen Umwandlungsmodellen: Wir stoppen das spekulative Geschäftsmodell der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in angespannten Wohnungsmärkten. Umwandlungen werden dort in den nächsten Jahren nur noch in seltenen Ausnahmefällen möglich sein. Denn diese Umwandlungen gehen in der Regel mit Aufwertungen und dem teuren Verkauf von Eigentumswohnungen einher. So geht hier preiswerter Mietwohnraum verloren und Mieter*innen werden aus Ihren Stadtvierteln verdrängt. Städte können ihre Bewohner*innen künftig besser vor diesem Geschäftsmodell schützen.

Verfahrenserleichterungen im Baurecht: Beschleunigung des Wohnungsbaus



- Wir werden durch Verfahrenserleichterungen im Baurecht den Wohnungsbau insgesamt beschleunigen. Speziell für den Bau neuer Wohnungen wollen wir es erleichtern, von bestimmten starren Vorgaben abzuweichen (Einfügen in die nähere Umgebung, Obergrenzen der baulichen Nutzung, alte Bebauungspläne). Damit erleichtern wir vor Ort flexible Lösungen für Nachverdichtungen, also z. B. die Schließung von Baulücken, den Ausbau von Dachgeschossen oder den Bau von mehr Stockwerken. Die Aufhebung von Bebauungsplänen wird künftig im beschleunigten Verfahren möglich sein, um die Schaffung von Wohnraum zu erleichtern.
- Eine weitere Erleichterung sind die Möglichkeiten zur Befreiung von Bebauungsplänen,

die dem zügigen Wohnungsneubau entgegenstehen. Demnach können künftig die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung eine Befreiung rechtfertigen. So lässt sich eine oft aufwändige Änderung des Bebauungsplans vermeiden.



Hier hätte ich mir mehr gewünscht

Nach mehreren Jahren harter Verhandlungen, bei der Baulandkommission, in der Ressortabstimmung, im parlamentarischen Verfahren, haben wir einen Kompromiss erzielt, in dem wir viele Forderungen der SPD durchsetzen konnten. Der Kompromiss enthält dafür Zugeständnisse an die Union bei folgenden Punkten:

- Baugebot: Die Union hat auf einer Familienklausel zur Ausnahme von Einzelgrundstücken beim Baugebot bestanden. Ohne die SPD hätte es jedoch gar keine Verbesserung beim Baugebot gegeben.
- Umwandlungsstopp: 1. Befristung der Regelung bis 2025. Wir hätten die Regel nicht absolut befristet. 2. Wir respektieren selbstverständlich auch das Eigentumsrecht, sehen aber beim Thema „Wohnen“ als elementares Grundbedürfnis eine hohe soziale Verantwortung des Immobilienbesitzers. Hier sieht der Kompromiss vor, den Länder die Möglichkeit zu geben, eine Ausnahme für „Kleineigentümer*innen“ zu gewähren. Die Länder haben es in der Hand, ob sie Umwandlungen für Häuser in kleinerem Rahmen zu lassen. Sie können dies auf Häuser mit bis zu drei Wohnungen beschränken, können aber auch Gebäude mit bis zu 15 Wohnungen zu-

lassen. Dies ist nun eine politische Entscheidung der Landesregierungen. Ohne die SPD im Bund hätte es überhaupt keine Regelung zum Schutz vor Umwandlungen gegeben.

- Satzung für angespannte Wohnungsmärkte: Wir wollten den Kommunen ermöglichen, diese Gebiete per Satzung festzulegen, die CDU hat darauf bestanden, dies durch eine Landes-Verordnung festsetzen zu lassen (wie bei der Mietpreisbremse). Nun liegt es in der Hand der Länder, ihren Kommunen die neuen Instrumente zu geben: ein Vorkaufsrecht in angespannten Wohngebieten, die Befreiung von alten Bauplänen, wenn dadurch Wohnungsbau verhindert wird, und die leichtere Anwendung des Baugebots.
- Bauen im Außenbereich: Für die CDU/CSU war es das zentrale Anliegen, auch die Baulandmobilisierung im Außenbereich zu erleichtern, unter anderem durch eine Verlängerung des § 13 b BauGB. Wir hätten die Regelung nicht verlängert, da sie das Ziel der Eindämmung von Flächenverbrauch gefährden kann und der Prämisse Innen- vor Außenentwicklung entgegensteht. Die Evaluierung zeigt zudem, dass das Ziel, mit diesem Instrument kostengünstigen Wohnraum in ange-

// Vermögensabgabe für Milliardäre?



Diese Woche habe ich im Plenum auch über die Vermögensabgabe geredet, einem Antrag der LINKEN. <https://dbtg.tv/fvid/7519699>

spannten Wohnungsmärkten zu schaffen, bisher nicht erreicht wurde. Wir konnten in den Verhandlungen aber Abschwächungen der Forderungen der CDU/CSU durchsetzen und die Regelung bis 2022 begrenzen sowie die Innenentwicklung im Vergleich deutlich stärken.

// Lockerungen für Geimpfte?!

Immer weniger Neuinfektionen und eine sinkende 7-Tage-Inzidenz zeigen: Die Bundesnotbremse wirkt! Da das Robert-Koch-Institut aber mittlerweile festgestellt hat, dass eine Übertragung des Corona-Virus durch geimpfte Personen äußerst gering ist, müssen die besonders grundrechtssensiblen Beschränkungen für diesen Teil der Bevölkerung aufgehoben werden. Hierbei geht es nicht um Sonderrechte für Geimpfte, sondern um die Aufhebung nicht mehr gerechtfertigter Grundrechtseingriffe.

Deshalb hat die Bundesregierung die COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung auf den Weg gebracht. Sie sieht unter anderem vor, dass für vollständig geimpfte und genesene Personen die Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen nicht mehr gelten. Außerdem entfällt für diese Bürger:innen das Vorzeigen eines negativen Testergebnisses – beispielsweise beim Betreten von Geschäften des Einzelhandels. Da jedoch auch bei einer Impfung oder einer durchstandenen Erkrankung ein Restrisiko der Übertragbarkeit bleibt, gelten für geimpfte und genesene Personen auch weiterhin die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung und das Abstandsgebot.

Die Verordnung wurde in dieser Woche von Bundestag und Bundesrat beschlossen.

// 2 Mio. Euro für Ahlen und Sassenberg wurden diese Woche bewilligt – Beispiele einer Erfolgsgeschichte.



Am Montag habe ich auf dem Kongress anlässlich 50 Jahre Städtebauförderung gesprochen.

in diesem Jahr wird die Städtebauförderung 50 Jahre. Seit 1971 unterstützt die Städtebauförderung die Städte und Gemeinden dabei, städtebaulichen Missständen nachhaltig zu begegnen. Davon profitieren Städte und Gemeinden aller Größenordnungen – knapp 50 Prozent der Bundesmittel fließen in den ländlichen Raum. Dass die

Fördermittel auch ganz konkret vor Ort ankommen, verdeutlicht auch Ahlen und Sassenberg, deren Fördergelder diese Woche bewilligt wurden. Der Haushaltsausschuss im Bundestag hat am Mittwoch beschlossen, die Sanierung und Erweiterung des Freibades in Sassenberg und des Sportareals und Stadions in Ahlen zu fördern! Sassenberg erhält einen Förderzuschuss von 1.068.750 Euro, Ahlen insgesamt 599.000 Euro. Damit trägt der Bund jeweils rund 45 Prozent der Gesamtkosten in beiden Gemeinden.

Dass es mit den Zuschüssen geklappt hat, ist ein gutes Zeichen für den Schul- und Vereinssport und das kulturelle Leben in den beiden Gemeinden.



GEWINNSPIEL: ENTDECKE MEINE PLAKATE IM KREIS WARENDORF

Wie wäre es am Wochenende bei dem schönen Wetter mit einer Radtour durch den Kreis Warendorf? Am besten haltet Ihr dabei die Augen auf und knipst ein Bild von einem der zehn Plakate, die momentan von mir im Kreis Warendorf hängen. Unter allen, die ihr #Foto hier in die #Kommentare posten verlose ich eine Kiste Kaltgetränke! Viel Glück! (Teilnahmeschluss ist der 12.5.2021, 12:00 Uhr) Und vielleicht noch zu den #Plakaten: Sie sollen zeigen, dass wir jetzt gerade alle #zusammenhalten müssen und die #Zuversicht nicht verlieren dürfen. Nur so schaffen wir es gut aus der Pandemie! Wir sind auf einem guten Weg und im Bundestag in Berlin trage ich für Euch mit all meiner Kraft dazu bei. Habt ein schönes Wochenende! Euer Bernhard.

P.S.: Schaut auch auf meinem Instagram-Channel vorbei. Für alle, die ihr Foto in ihrer Instagram-Story teilen und mich markieren, gibt es auch nochmal die Chance auf eine Kiste Kaltgetränke.

